

Nordrhein-Westfalen in der Omikron-Welle

Unterrichtung und Debatte zur aktuellen Corona-Lage

26. Januar 2022 – Die hoch ansteckende Omikron-Variante des Corona-Virus sorgt für immer neue Höchstwerte bei den Infektionszahlen. Bund und Länder wollen daher an den bisherigen Schutzmaßnahmen festhalten und zunächst keine Lockerungen beschließen. Nach einer Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten debattierte der Landtag über die aktuelle Lage.

Bund und Länder hatten zu Beginn der Woche zudem wegen Engpässen bei den PCR-Tests eine Priorisierung beschlossen, u. a. für vulnerable Gruppen und medizinisches Personal.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) sagte, es sei nicht die Zeit für Signale zur Lockerung der Schutzmaßnahmen. Die Infektionszahlen seien extrem hoch, die Zahl der Covid-Patientinnen und -Patienten in den Kliniken steige an, der Expertenrat der Bundesregierung schließe eine Überlastung des Gesundheitssystems nicht aus. Daher gehe es weiter um „Achtsamkeit und entschiedenes Handeln“. Zugleich würden Konzepte für Öffnungen vorbereitet. Wüst verteidigte die Entscheidung für die Priorisierung bei den PCR-Tests. Er rief zugleich den Bund auf, den Mangel bei den Kapazitäten zu beseitigen.

„Chaos an Schulen“

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** kritisierte die Entscheidung der Landesregierung, das „Lolli“-PCR-Testverfahren an Grundschulen kurzfristig zu ändern. Es herrsche Chaos an den Schulen. Die Pläne zur Priorisierung seien bereits seit Ende der vergangenen Woche bekannt gewesen. Die Landesregierung habe die Schulleitungen aber erst in der vorangegangenen Nacht um 22.15 Uhr über das neue Vorgehen informiert. „Warum haben Sie nicht früher

gehandelt?“, fragte Kutschaty. Wieder habe es keine klare Kommunikation gegeben. Die Landesregierung schiebe die Verantwortung auf die Lehrerinnen und Lehrer ab.

Ministerpräsident Wüst habe die Pandemie-Situation „präzise und schnörkellos“ beschrieben, sagte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. Nordrhein-Westfalen komme gut durch die Pandemie. Gemeinsam werde man alle Anstrengungen unternehmen, um die gesundheitlichen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen zu mildern. Die SPD-Fraktion dagegen verbreite „alternative Fakten“ und verunsichere Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler. Ihr Ziel sei es, der Landesregierung Schaden zuzufügen, um davon „im Wahlkampf politisch zu profitieren“. Löttgen sprach von einer „Vorgehensweise, die für Demokraten tabu sein sollte“.

Die Landesregierung sei zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie „weiter denn je davon entfernt, Verlässlichkeit in ihr Krisenmanagement zu bringen“, sagte **Josefine Paul**, Fraktionschefin der Grünen. „Ausbaden“ müssten dies vor allem Kinder und Familien. Viele Schulen fühlten sich von der Landesregierung allein gelassen: „Sie können nicht mehr, sie sind an ihren Grenzen.“ An den Schulen sei Flexibilität erforderlich, „um lageangepasst und eigenverantwortlich ohne Verzögerungen reagieren zu

können“. Das Schulministerium habe dies jedoch stets abgelehnt und verweigert, sagte Paul. Auch in Kitas spitze sich die Situation zu.

Die Inzidenz steige stärker denn je, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Die Belegung der Intensivstationen jedoch sinke aktuell. „Es sind halt, Gott sei Dank, mildere Verläufe.“ Ändere sich eine Situation, müsse die Politik reagieren. Expertinnen und Experten forderten bereits eine „kontrollierte Exit-Strategie“ für die Pandemie. Ansteckungsraten bei kurzen Aufenthalten in Restaurants und im Einzelhandel lägen bei unter einem Prozent. Nötig seien Maßnahmen, die Menschen akzeptierten. Es müsse „klug“ überlegt werden, „wie wir die nächsten Tage und Wochen gestalten“.

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** sagte, nach zwei Jahren Corona-Pandemie würden die Schäden immer größer. Es seien nicht ausreichend PCR-Tests bestellt und Intensivbetten abgebaut worden. Grundrechte würden durch „nachgeordnete Behörden“ eingeschränkt, etwa durch das Robert Koch-Institut. Und Ministerpräsident Wüst „verrückte“ mit Blick auf die Impfpflicht seine Meinung „immer mehr ins Autoritäre“. Die politischen Eliten würden das Land spalten. „Sie sind es, die das Vertrauen in unsere demokratische und freiheitliche Grundordnung untergraben.“ Daten zur Pandemie würden „gebogen und verfälscht“. *wib, zab, tob*